

Die Linke, Stadtratsgruppe, Am Bachl 16, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 16.07.2023

Telefon 0151/ 400 677 61
Telefax
E-Mail stadtratsgruppe@dielinke-
ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am
Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	01.07.2025

**Bewerbung der Stadt Ingolstadt als Cannabis-Modellregion
- Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 16.07.2023 -**

Sehr geehrte Stadträt:innen,

wir bitten um Zustimmung zu folgendem **Antrag**:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Bewerbung als Modellstadt für die kontrollierte Abgabe von Genusscannabis an Erwachsene vorzubereiten. Sobald die rechtlichen Rahmenbedingungen feststehen und Ingolstadt die Bedingungen erfüllt, wird eine entsprechende Beschlussvorlage dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Sondierungsgespräche mit geeigneten Partner:innen zu führen und Kapazitäten beim Gesundheitsamt zu schaffen. Gleichzeitig sollen Maßnahmen zum Jugendschutz und zur Prävention erarbeitet werden.
3. Um als Modellregion erfolgreich zu sein, ist eine regelmäßige Evaluation wichtig. Dementsprechend wird die Verwaltung beauftragt, einen jährlich erscheinenden Suchtbericht zu erstellen, der auch als Grundlage für das weitere Vorgehen dient.

Begründung

Das Bundesgesundheitsministerium hat im März 2023 Eckpunkte eines 2-Säulenmodells zur kontrollierten Abgabe von Genusscannabis an Erwachsene vorgelegt. Der entsprechende Gesetzentwurf zu einem regionalen Modellvorhaben mit kommerziellen Lieferketten (Säule 2) soll

nach den Sommerferien 2023 vorgelegt werden.

Auch wenn sich bis zur Verabschiedung einzelne Parameter oder Bestimmungen noch ändern können, gibt er die Richtung vor, wie die Verwirklichung des Modellprojektes in Kommunen aussehen wird. Nun liegt es an uns als potentielle Modellregion, vor Veröffentlichung des Gesetzentwurfs voraussichtlich Beteiligte zu kontaktieren und sich z. B. über Personalkapazitäten und andere technische Fragen auszutauschen. Zudem sollten schon jetzt Überlegungen zu geeigneten Maßnahmen für den Jugendschutz gemacht werden. Die kommende Legalisierung wird, egal in welcher Form sie umgesetzt wird, kommunale Ressourcen binden, darauf muss sich die Stadt einstellen und erste Vorbereitungen treffen.

Das von der Bundesregierung formulierte Projekt zielt in erster Linie darauf ab, den Cannabis-Schwarzmarkt zurückzudrängen, den Verbrauch nicht mehr zu stigmatisieren und zu kriminalisieren sowie den Bezug von Cannabis aus dem illegalen Handel mit anderen harten Drogen herauszulösen. Dies erschwert und verhindert den Kontakt mit härteren, schädlicheren Drogen und ermöglicht, Kinder, Jugendliche und Verbraucher deutlich gezielter und wirksamer zu schützen, auch, weil mit den neu generierten Steuereinnahmen die Finanzierung von Schutz- und Aufklärungskonzepten ermöglicht wird.

Nach Vorstellung der Bundesregierung werden die Modellprojekte von einer wissenschaftlichen Prüfung und ergebnisoffenen Evaluation begleitet. Gewonnen werden sollen Erkenntnisse zu den Auswirkungen auf den Gesundheits- und Jugendschutz sowie den Schwarzmarkt. Ziel ist, die Ergebnisse auch dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission zur Verfügung zu stellen. Hierfür bietet der Wissenschaftsstandort Ingolstadt aufgrund seiner diversen Bevölkerungsstruktur, seiner vergleichsweise überschaubaren Größe und seines akademischen Umfelds mit der Technischen Hochschule Ingolstadt und der Katholischen Hochschule Eichstätt-Ingolstadt ideale Strukturen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Roland Meier
Mitglied des Stadtrates

gez.
Francesco Garita
Mitglied des Stadtrates